

Handbuch für die innenpolitische Argumentation

Bilanz der SPD/FDP-Politik und die Alternativen der CDU

In der Bundespressekonferenz hat Helmut Kohl am 31. August 1978 eine umfassende Analyse vorgelegt, in der die ungelösten Probleme der Bundesrepublik Deutschland untersucht und die politischen Alternativen der Union dargestellt werden. Die folgende Dokumentation konzentriert sich auf die wichtigsten Punkte aus den Bereichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, Zukunftschancen für die Jugend und Innere Sicherheit.

Die gesamte Studie, die von der Hauptabteilung Politik der Bundesgeschäftsstelle angefertigt worden ist, behandelt ferner Fragen der Investitionstätigkeit, der Bevölkerungsentwicklung, der Gesundheitspolitik und der Vermögenspolitik und befaßt sich außerdem ausführlich mit der Entfaltung des einzelnen in der Gesellschaft.

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU wird die Analyse unter dem Titel „Handbuch für die innenpolitische Argumentation“ veröffentlichen; sie kann ab 22. September in Einzelexemplaren kostenlos bei der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit bezogen werden.

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

Sucht man nach den tieferen Gründen für die politischen, zum Teil krisenhaften Fehlentwicklungen der zurückliegenden Jahre, so muß festgestellt werden: SPD und FDP sind an ihrem Anspruch gescheitert, eine „Politik der Reformen“ zu betreiben.

Die sozial-liberale „Reformpolitik“ sprengte vom ersten Tag an den Rahmen des politisch Machbaren. Besitzstandsdenken, Provokation von Einzelinteressen und Gruppenforderungen, überzogene Erwartungen und Verunsicherung wichtiger politischer und gesellschaftlicher Kräfte — alles dies sind Erscheinungen, die mit einer „Reformpolitik“ verbunden sind, die mehr versprach, als sie zu leisten vermochte.

Konkrete Ergebnisse dieser Politik sind:

- abnehmendes Wachstum in der Wirtschaft,
- halbherzige Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit,
- Aufblähung der Staatshaushalte und sprunghaftes Ansteigen der Verschuldungsrate im öffentlichen Bereich,
- Enteignung der Sparer durch inflationäre Vermögensverluste,
- explosionsartiges Ansteigen der Steuer- und Sozialabgabenbelastung,
- Verfestigung der Besitzstände und Verschärfung der Interessengegensätze,
- neue soziale Fragen, neue Armut in unserem Land.

Dauerarbeitslosigkeit und Wirtschaftsmisere

Im Jahresdurchschnitt sind etwa eine Million Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ohne Arbeit. 1978 ist bereits das 4. Jahr mit einer solchen hohen Arbeitslosigkeit. Weitere Hunderttausende von Menschen, die arbeiten wollen, sind nicht oder schon gar nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik zu finden; z. B. weil sie bereits angesichts der besorgniserregenden Arbeitsmarktlage resigniert haben. Im Jahr 1977 betrug die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt 1,030 Millionen — über 230 000 Kurzarbeiter noch gar nicht mitgerechnet. Auch im 1. Halbjahr 1978 hat sich daran nicht viel geändert. Obwohl zur Jahresmitte eine leichte Besserung zu verzeichnen war, betrug im 1. Halbjahr 1978 die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt über 1,040 Millionen.

Die SPD/FDP-Bundesregierung hat die wirtschaftliche Entwicklung falsch eingeschätzt und verfehlte Erwartungen erweckt. Zehn Konjunkturprogramme konnten nicht ersetzen, was die SPD/FDP verspielt hat: Vertrauen.

Die Alternative der CDU

Die von der CDU vorgeschlagenen Maßnahmen zielen in erster Linie darauf ab, die Investitionsneigung der Unternehmen zu erhöhen und somit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze haben absolute Priorität. Mit ihrer Hilfe soll die reale Wachstumsrate der Wirtschaft stabilitätsgerecht um 1 Prozentpunkt über die Produktivitätsentwicklung hinaus gesteigert werden. Dies schafft jährlich 250 000 neue Arbeitsplätze. (Vgl. das „Vollbeschäftigungsprogramm“ in UiD Nr. 23/77.)

Staatsfinanzen

Die Finanzpolitik steckt in einer Dauerkrise. Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten.

- Die Steuer- und Sozialabgaben stiegen von 1970 bis 1977 fast doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und -gehälter. Die Löhne und Gehälter stiegen um 81 %, die Steuer- und Sozialabgaben um 150 %.
- Von jeder zusätzlich verdienten Mark mußte der Arbeitnehmer im Jahr 1977

fast die Hälfte (exakt 48 Pfennig) an Lohnsteuer und Sozialabgaben abführen. Im Jahre 1971 waren es nur rd. 30 Pfennig.

- Von den Abgaben explodiert vor allem die Lohnsteuer. Das Lohnsteueraufkommen hat sich innerhalb der letzten 7 Jahre fast verdreifacht.
- Hinzu kommt, daß die Explosion der Staatsdefizite — die Gesamtverschuldung des Bundes hat sich von 47 Milliarden DM im Jahre 1970 auf 150 Milliarden DM im Jahre 1977 erhöht — auf Dauer einen wachsenden Druck nach weiteren Steuererhöhungen erzeugen.

Die Alternative der CDU

Die wichtigsten Bausteine des Konzepts der CDU in der Steuer- und Finanzpolitik sind:

- die Verwirklichung einer sparsamen Haushaltsführung,
- die abgewogene Sanierung der kranken öffentlichen Haushalte.

Notwendig sind außerdem folgende Maßnahmen:

- die Reform des Einkommensteuertarifs,
- die Beseitigung der Lohnsummensteuer als Antiarbeitsplatzsteuer und der Gewerbekapitalsteuer als Antiinvestitionssteuer,
- die Beseitigung der doppelten Vermögensbesteuerung der Gesellschaften und Anteilseigner zur Förderung der Vermögensbildung,
- die Lösung der verfassungsrechtlichen Probleme des Kinderlastenausgleichs sowie
- die Vereinfachung des Steuersystems.

Energiepolitik

Durch ihren Zickzackkurs in der Energiepolitik haben es SPD und FDP zu verantworten, daß allein auf dem Energiesektor Investitionen in Höhe von 15 bis 20 Milliarden DM, mehr als das gesamte Staatsprogramm für „Zukunftsinvestitionen“ in 4 Jahren vorsieht, blockiert worden sind. Daraus ist unserer Gesellschaft schwerer wirtschaftlicher und sozialer Schaden entstanden.

Die Alternative der CDU

Der Energiebedarf für ein an der Vollbeschäftigung orientiertes Wirtschaftswachstum kann angesichts der zunehmenden Verknappung bei den traditionellen Energien nur sichergestellt werden durch

- einen verstärkten Einsatz heimischer Kohle, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu mildern,
- den Ausbau der Kernenergie. Die Sicherheitsstandards deutscher Kernkraftwerke liegen an der Spitze internationaler Anforderungen. Das Problem der Entsorgung ist technisch lösbar,

- die Förderung und Erschließung neuer Energiequellen, die rechtzeitig vor der Verknappung fossiler Energievorräte verfügbar sein müssen,
- die Ausschöpfung aller Einsparungsmöglichkeiten, die jedoch auf absehbare Zeit nur einen begrenzten Beitrag zur Lösung des Problems leisten können.

Soziale Sicherheit

Die verantwortlichen Sozialpolitiker der Union haben immer wieder vor drohenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Rentenversicherung gewarnt. Besonders vor dem Wahlkampf 1976 wollte die SPD/FDP-Regierung davon jedoch nichts wissen. Helmut Schmidt sagte sogar: „Da gibt es ein Problemchen der Liquidität der Rücklagen. Dieses Problemchen ist leicht zu lösen, zumal der Kapitalmarkt überaus ergiebig ist.“

Nach der Bundestagswahl 1976 war die Rentenfinanzierung für den Bundeskanzler Helmut Schmidt auf einmal „ein dickes Problem“. SPD und FDP beschlossen in den Koalitionsverhandlungen, die Renten nicht zum 1. Juli 1977, sondern erst zum 1. Januar 1978 zu erhöhen. Sie haben damit ihr Versprechen, das sie den Bürgern vor der Wahl gegeben haben, gebrochen. Auf Drängen der Opposition und der breiten Öffentlichkeit wurde dieser versuchte Wählerbetrug verhindert.

Mit ihrem vermeintlichen Sanierungsprogramm vom Sommer 1977 hat die SPD/FDP-Regierung einen gigantischen finanzpolitischen Verschiebebahnhof eröffnet und die Probleme bis heute nicht gelöst.

Die Alternative der CDU

Demgegenüber hält es die CDU/CSU für vordringlich, durch eine grundlegende Verbesserung der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, die wieder in ihrem engen Zusammenhang gesehen werden müssen, die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung und damit gleichzeitig für eine Verbesserung der Finanzgrundlagen der Rentenversicherung zu schaffen.

Die CDU/CSU hält am Maßstab der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente fest. Ihre Politik schützt vor Willkür und garantiert Leistungsgerechtigkeit und Verlässlichkeit. (Vgl. hierzu auch die UiD-Dokumentation 9/78.)

Familienpolitik

Die SPD/FDP-Koalition hat eine Politik zu Lasten der Familie betrieben:

- Es besteht ein großes Mißverhältnis zwischen den staatlichen Bildungsaufwendungen und der öffentlichen Förderung familiärer Erziehung: über 45 Milliarden DM einerseits stehen nur wenige hundert Millionen andererseits gegenüber.
- Viele Eltern sind in ihrer Erziehungsaufgabe unsicher geworden. Dazu beigetragen hat nicht zuletzt eine Bildungspolitik, die Konflikte zwischen Eltern und ihren Kindern genährt und Kinder und Eltern einander entfremdet hat.
- Die SPD/FDP hat tatenlos zugeesehen, wie die materielle Basis der Familie immer unzureichender wurde. In den Jahren seit 1969 ist der Familienlasten-

ausgleich immer weniger in der Lage gewesen, einen echten Ausgleich zu schaffen.

- Eine wachsende Zahl von Familien mit Kindern wurde unter das Sozialhilfeniveau gedrückt.
- Viele Frauen sind zur Erwerbstätigkeit gezwungen, um den Lebensunterhalt der Familie sichern zu helfen und das Einkommensniveau zu erhalten.

Die Alternative der CDU

Für die CDU ist die Familie Fundament einer freiheitlichen sozialen Gesellschaft. Wie die CDU die Familie stärken, ihre Erziehungsfähigkeit fördern, die Anerkennung der Aufgaben in der Familie verwirklichen will, zeigen die Leitsätze zur Familienpolitik, die im Mai 1976 verabschiedet und veröffentlicht wurden:

- Ein Erziehungsgeld sowie eine Reform der sozialen Sicherung, die auch die Arbeit in der Familie als Berufstätigkeit anerkennt (Modell Partnerrente der CDU), sollen mit dazu beitragen, daß die Aufgaben in der Familie mehr gesellschaftliches Ansehen genießen und unzumutbare Nachteile für Frauen, die sich dieser Aufgabe widmen, vermieden werden.
- Unsere Gesellschaft soll wieder kinder- und familienfreundlich werden. Dazu dienen Maßnahmen im Wohnungs- und Städtebau ebenso, wie die Förderung und Organisation von Nachbarschaftshilfen und Nachbarschaftsbegegnungen.
- Ein Familienlastenausgleich, der diesen Namen verdient, muß wirkungsvoll verhindern, daß Kinder unzumutbare finanzielle Verzichtse bedeuten. Es muß vielmehr auch kinderreichen Familien ein angemessenes Lebenshaltungsniveau sichern.

Zukunftschancen für die Jugend

In den kommenden zehn Jahren werden 1,5 Millionen mehr Jugendliche als im vergangenen Jahrzehnt in das Erwerbsleben eintreten. Mit einer Million Bundesbürgern, die bereits heute arbeitslos sind, werden sie um die Arbeitsplätze konkurrieren. Ihre Zukunftschancen können nur gesichert werden, wenn sie über eine solide Ausbildung verfügen.

Leider treffen aber gerade diese geburtenstarken Jahrgänge auch im Bildungssystem auf schwerwiegende und ungelöste Probleme.

Ausgangs der 60er Jahre sind SPD und FDP in Bund und Ländern mit dem Anspruch angetreten, unser Bildungssystem grundlegend zu verbessern. Durch bessere Bildung sollte mehr Chancengleichheit verwirklicht werden. Durch eine Vielzahl von Beispielen wird belegt, wie eine verfehlte sozial-liberale Bildungspolitik zur Chancenvernichtung statt zu mehr Ausbildungs- und Berufschancen geführt hat.

Die Alternative der CDU

Die Bildungspolitik der CDU trägt der Tatsache Rechnung, daß Gleichmacherei und utopische Pläne weder den Bedürfnissen der jungen Menschen noch denen der Gesellschaft gerecht werden. Nicht jedem die gleiche, sondern jedem die für ihn am besten geeignete Bildungschance, ein klares Bekenntnis zu Leistung und Solidarität, Freiheit und Orientierung an den Bedürfnissen von Gesellschaft und Arbeitsmarkt — das sind die tragenden Grundlagen der Bildungspolitik der Union.

In der Praxis bedeuten die Vorschläge der CDU:

- Die Gleichrangigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung muß gesichert, die Entscheidung für ein begabungsgerechtes Schulsystem gewährleistet und die berufliche Bildung in Betrieb und Schule tatkräftig gefördert werden.
- Neue Ausbildungsplätze verdienen ebenso staatliche Förderung wie neue Arbeitsplätze; das Vertrauen der ausbildenden Wirtschaft in Politik und Staat muß wiederhergestellt werden.

Innere Sicherheit

Kriminalität und Terrorismus

Jahrelang wurde der Terrorismus von der SPD/FDP verharmlost. Warnungen der CDU/CSU-Opposition vor der Gefährlichkeit des Terrorismus und ihre Vorschläge für wirksame Maßnahmen zu seiner Bekämpfung wurden von der SPD/FDP in den Wind geschlagen.

Darüber hinaus ist eine ständige Verunsicherung der Sicherheitsbehörden durch öffentliche Kampagnen und die Politik der Bundesregierung und der SPD/FDP festzustellen. Dadurch entstand eine übertriebene Scheu der Polizei vor Zugriffen. Dies ist mit ein Grund dafür, daß die jüngsten Pannen bei der Terroristenfahndung möglich wurden.

Polizeiliche und gesetzgeberische Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus reichen jedoch nicht aus. Die SPD/FDP muß endlich auch die geistig-politische Bekämpfung des Terrorismus in Angriff nehmen.

Die Alternative der CDU

Die Union hat bereits im Juni 1975 ein umfassendes „Offensivkonzept zur Bekämpfung des anarchistischen Terrorismus“ mit Vorschlägen auf dem geistig-politischen Felde, im Bereich der Gesetzgebung und der Arbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern gemacht. Nur wenigen Vorschlägen stimmte die Koalition zu.

Die Ursachen des Terrorismus zu erforschen, das Wissen darüber zu verbreiten und ihn in seinen Wurzeln zu bekämpfen, stellt eine zentrale Aufgabe für Politik und Wissenschaft dar. Auf einer wissenschaftlichen Fachtagung zum Thema „Der Weg

in die Gewalt“ (29. und 30. November 1977) hat die CDU einen ersten, wesentlichen Beitrag dazu geleistet.

Im einzelnen wurden vom Bundesvorstand der CDU und von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion u. a. folgende Maßnahmen verlangt, die von der SPD/FDP bis heute verhindert werden:

- Heraufsetzung der Mindeststrafen und Höchststrafen bei Delikten der Gewaltkriminalität.
- Wiederherstellung eines wirksamen Demonstrationsstrafrechts.
- Möglichkeiten der Überwachung von Gesprächen zwischen Verteidiger und inhaftierten Beschuldigten bei Verdacht neuer strafbarer Handlungen.
- Erleichterte Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung von Terroristen.
- Abänderung der Bestimmungen, die dazu geführt haben, daß Straftäter nahezu automatisch einen Rest ihrer Strafe zur Bewährung ausgesetzt erhalten.
- Der Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz ist für den Bereich des Bundes im Oktober 1977 im Bundestag als Gesetzesinitiative eingebracht worden. Seine Beratung wird seitdem von der Koalition blockiert.

Außerdem haben CDU-geführte Landesregierungen und CDU-Landtagsfraktionen diesen Musterentwurf ohne Abstriche an den polizeilichen Eingriffsrechten in den Landtagen eingebracht.

Außer den Gesetzesinitiativen legte die Union im April 1978 „Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Sicherheitsbehörden des Bundes“ vor, die — auf Grund der Panne im Zusammenhang mit der Fahndung nach den Schleyer-Attentätern — auf wirkungsvollere Strukturen im Bundesinnenministerium und Bundeskriminalamt zielen.

Verfassungsfeinde

Durch die Solidarität aller Demokraten wurde es möglich, den Rechtsextremismus zur politischen Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Während z. B. 1969 die NPD noch 28 000 Mitglieder hatte, waren es 1977 nur noch 9 000. Im gleichen Zeitraum nahm jedoch die Zahl der Linksextremisten ständig zu. So vergrößerte sich die Zahl der DKP-Mitglieder von 23 000 auf 42 000.

Die gleiche Entwicklung zeigt sich bei den Zahlen über die Beschäftigung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst. Während im Frühjahr 1972 noch 1 487 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, konnte diese Zahl inzwischen auf 448 verringert werden. Im gleichen Zeitraum schnellte jedoch die Zahl der bekanntgewordenen Linksextremisten im öffentlichen Dienst von 559 auf 2 281 hoch. Davon sind mehr als die Hälfte im Schul- und Hochschuldienst tätig. Deutliche Anzeichen sprechen dafür, daß die wirklichen Zahlen wesentlich höher sind.

In diesem Jahr betonten die SPD-Politiker Brandt, Bahr und Koschnick zum

wiederholten Male, der Beschluß der Ministerpräsidenten zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst vom Januar 1972 sei hinfällig, er gehöre auf den Müllhaufen. Dabei tun die Repräsentanten des SPD-Vorstandes so, als ob mit dem Ministerpräsidentenbeschluß neues Recht geschaffen worden wäre. In Wirklichkeit wird mit der ablehnenden Haltung zu diesem Beschluß eine Abkehr vom geltenden Beamtenrecht vollzogen, obwohl mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 eine verbindliche Interpretation zu dieser Rechtsmaterie vorliegt.

Die Alternative der CDU

Die Union geht bei der Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst von folgenden Grundsätzen aus:

- Wir stehen zum geltenden Recht, wie das Bundesverfassungsgericht es bestätigt hat, und dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom Januar 1972 über die gleichmäßige Anwendung dieses Rechts.
- Bei Beamten gibt es keine Unterschiede der Ansprüche an die Gewähr der Verfassungstreue nach Funktionen, Laufbahnen oder nach ihrem dienstlichen oder außerdienstlichen Verhalten.
- Nicht allen Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst ist das gleiche Maß an politischer Treue abzuverlangen wie den Beamten. Vielmehr ergeben sich die Anforderungen aus der jeweiligen Aufgabe.
- Die Verfassungsschutzbehörden sind zu beteiligen, bevor ein Bewerber in den öffentlichen Dienst eingestellt wird.
- Nur gerichtsverwertbare Erkenntnisse des Verfassungsschutzes werden an die Einstellungsbehörden weitergeleitet.
- Um zu größerer Rechtssicherheit beizutragen und Irrtümer über die verfassungsfeindliche Zielsetzung von Organisationen auszuschließen, werden die CDU/CSU-geführten Regierungen regelmäßig die Parlamente und die Öffentlichkeit über rechtskräftige Urteile der Gerichte unterrichten, die Feststellungen über solche Zielsetzungen treffen.

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung lebt und erhält ihre Impulse aus der Auseinandersetzung verschiedener Standpunkte. Sie ist aber nur so lange gefestigt, wie sich die Verfechter verschiedener Meinungen gegenseitig tolerieren. Die Toleranz hat jedoch gegenüber denjenigen eine Grenze, die entweder mit Gewalt oder aus taktischen Gründen mit demokratischen Mitteln unsere demokratischen Freiheiten und damit die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wollen.

Unsere Demokratie muß sich gegen ihre Feinde zur Wehr setzen.

CDU-EXTRA — Verantwortlich: Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus. Verlag: Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173. Geschäftsführer: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.